

„Deutsche Frau, dehne Deinen Einfluß aus!“ Die Nationalisierung und Politisierung von Frauen der politischen Rechten (1890–1938)

Internationales Kolloquium des Arbeitskreises
Historische Frauenforschung an der Universität
Bremen, 25.–26. Juni 1999

Tagungsbericht

Claudia Bruns

Während die Frauenbewegung der 70er Jahre die Geschichte von Frauen als positives Identifikationsangebot mit der Vergangenheit entdeckte, öffnete die anschließende Professionalisierung und Etablierung der Frauengeschichte den Blick für eine kritische Reflexion der historischen Positionen ihrer Protagonistinnen. So stand in den 80er Jahren z. B. erstmals der nationalistische Impetus Gertrud Bäumers zur Debatte. Dennoch wurden rechte Parteien und rechte politische Bewegungen wie die der *Konservativen Revolution* in der Weimarer Republik bis in die Mitte der 90er Jahre überwiegend als „Gruppenbild ohne Dame“ entworfen.¹ In welchem Umfang jedoch auch Frauen aus dem rechten politischen Spektrum zwischen 1890 und 1938 politisch aktiv waren, ist auf dem internationalen Kolloquium zur „Nationalisierung und Politisierung von Frauen der politischen Rechten“ in Bremen deutlich geworden.² Das Tagungsmotto aus den 1920er Jahren: „Deutsche Frau, dehne Deinen Einfluß aus!“ fungierte damals nicht nur als politisches Mobilisierungsinstrument von und für Frauen, es deutet auch auf die mit der Politisierung bereits verbundene, ihr sogar häufig vorausgehende, Nationalisierung hin, indem es die Adressatinnen unter der ‚Schirmherr-

1 Vergleiche auch die Kritik von Ilse Korotin, Die politische Radikalisierung der Geschlechterdifferenz im Kontext von „Konservativer Revolution“ und Nationalsozialismus. Mathilde Ludendorff und der „Völkische Feminismus“, in: Volker Eickhoff u. Ilse Korotin Hg., Sehnsucht nach Schicksal und Tiefe. Der Geist der Konservativen Revolution, Wien 1997, 105–127.

2 Verantwortlich für Konzept und Organisation waren Eva Schöck-Quinteros, Bremen und Christiane Streubel, Münster. Eine Veröffentlichung der Beiträge ist für das Jahr 2000 geplant.

schaft' ihres Deutschseins – und unter Eliminierung ihrer Differenzen im großen Singular – zu vereinen vorgab.³

Machte es sich das Bremer Kolloquium somit einerseits zur Aufgabe, politische Aktivitäten von Frauen in rechten Parteien, Vereinen und Verbänden zur Sprache zu bringen, konzentrierten sich die Diskussionen andererseits auf die Frage, ob es angesichts der als Frauenrechtlerinnen engagierten Vertreterinnen der völkischen Bewegung angemessen sei, von einem „völkischen Feminismus“ zu sprechen. Folgende drei Themenfelder kristallisierten sich heraus: *erstens* die politischen Positionen und Aktionen von Frauen in rechten Parteien (zwischen *Deutscher Volkspartei*, DVP und *Deutschnationaler Volkspartei*, DNVP), *zweitens* in (national)konservativen Vereinen und Verbänden und *drittens* die politischen Äußerungen von so genannten „völkischen Feministinnen“ und Antifeministinnen.

Die klassische staatliche Politikgeschichte, und dazu gehört auch die Parteiengeschichte, hat sich bisher von der Frauen- und Geschlechtergeschichte noch am wenigsten herausgefordert gefühlt.⁴ Raffael Scheck (Colby College, Maine) betritt daher mit der Untersuchung von Frauen in einzelnen Ortsvereinen der DNVP und DVP während der Weimarer Republik bisher weitgehend unerforschtes Terrain. Er stellt fest, dass praktisch alle parteipolitischen Aktivitäten geschlechtsspezifisch verankert waren. Frauen hätten allerdings nicht einfach nur die ‚undankbaren‘ Parteaufgaben erledigt, wie Helen Boak meinte, sondern ein spezifisches Konzept ihrer Mitarbeit in der Partei vertreten und die „Partei als Heim und Familie“ konzipiert, in der sie im übertragenen Sinn die Rolle der Hausfrau und Mutter übernehmen sollten. Ihr hohes soziales Engagement reflektierte dabei die unter bürgerlichen Frauen verbreitete Idee, neu erworbene politische Frauenrechte vor allem als eine soziale Verpflichtung aufzufassen, bevor eine Erweiterung ihrer Rechte einzufordern sei. Von der weiblichen Parteibasis her dürfte also kaum ein Impuls an die nationalen Politikerinnen beider Parteien ausgegangen sein, sich für eine Erweiterung der Frauenrechte einzusetzen. Im Gegenteil: Aus den ländlichen Regionen kam sogar antifeministischer Druck.

Diese Beobachtungen werden auch von Julia Sneeringer (Beloit College, Wisconsin) gestützt, die die Sprache der DNVP-Wahlpropaganda für Frauen zwischen 1918 und 1932 analysiert hat: Der weibliche ‚Kampf‘ für das Vaterland implizierte für die Frauen (und Männer) der *Deutschnationalen Volkspartei* keineswegs einen kämpferischen Einsatz für die Frauenemanzipation: „Es gibt keine Partei der Frauen, nur eine Partei des Volkes.“ Dennoch unterlief die deutschnationale Rhetorik des Kampfes herkömmliche Konnotationen von Weiblichkeit mit „heilender

3 Man könnte auch umgekehrt sagen: Erst die stärkere Nationalisierung durch den verlorenen Ersten Weltkrieg politisierte viele Frauen. Dies trifft in besonderem Maße für die Frauen im rechten politischen Spektrum zu, die in die spezifisch maskuline Kampfesmetaphorik einbezogen wurden.

4 Vgl. Thomas Kühne, Staatspolitik, Frauenpolitik, Männerpolitik: Politikgeschichte als Geschlechtergeschichte, in: Hans Medick u. Anne-Charlott Trepp Hg., *Geschlechtergeschichte und Allgemeine Geschichte, Herausforderungen und Perspektiven*, Göttingen 1998, 171–231, 173.

Liebe" und „sozialer Versöhnung“, indem sie eine weibliche Pflicht zum „Kampf“ gegen die Feinde der deutschen Nation formulierte. Im Gegensatz zu den bürgerlichen Feministinnen war das Ziel deutschnationaler Frauen also weniger eine „Feminisierung“ von Politik als ein ‚Kreuzzug‘ an der Seite der Männer. Im gleichen Atemzug, in dem die DNVP-Wahlpropaganda Frauen in die maskuline Sphäre des Kampfes inkludierte, verlegte sie jedoch den Schauplatz der Austragung desselben wieder ins Private, in den Schoß der Familie. Die Vision der totalen Identifikation des Weiblichen mit einer wiederhergestellten privaten Sphäre wurde beibehalten und an die Errichtung eines „befreiten Vaterlandes“ gekoppelt.

Für die nationalen und konservativen Frauenvereine und -verbände ergab sich ein ähnlich ambivalentes Bild des Changierens zwischen geschlechtsrollentranszendierenden und -zementierenden Funktionen. Zwar schienen die neuen Rollenbilder die alten Weiblichkeitsideale zu transformieren, doch unterlief die verstärkte nationale Mobilisierung von Frauen eine emanzipatorischen Idealen verpflichtete Politisierung derselben.

So schuf der *Vaterländische Frauenverein* (1890–1918), wie Andrea Süchting-Hänger (Freiburg) darlegte, mit seiner Förderung der Krankenpflegeausbildung der „Vereinsdamen“ ein monarchisch geprägtes Bezugssystem als Gegenwelt zu den Forderungen der liberalen Frauenbewegung. Unter dem Motto „Krankenpflege statt Frauenstudium“ bot die Ausbildung zur Krankenschwester eine standesgemäße Erwerbsmöglichkeit für bürgerliche Frauen und Mädchen. Zugleich fungierte sie auch als Heranführung der Frauen an die Nation, zu deren Verteidigung sie – als ehrenamtliches Pflegepersonal im Kriegsfall – beitragen sollten. Für die Erfüllung ihrer ‚Pflichten‘ wurden keine politischen Rechte, sondern die Anerkennung von Seiten des monarchischen Staates und die Teilhabe an der prestigeträchtigen Welt des Militärs in Aussicht gestellt. So konnte der Erste Weltkrieg zur Aufgabe und Herausforderung für Frauen werden, die mit ihm ihre Chance zu ehren- und sinnvoller Tätigkeit gekommen sahen. Nach 1918 überstanden die romantisierenden Bilder vom ‚Kriegsdienst‘ die Konfrontation mit dessen Elend. An Stelle des kranken Kriegers galt es nun für die Frauen, das „kranke Vaterland“ zu pflegen.

Im *Frauenbund der Deutschen Kolonialgesellschaft* ließen sich, so Claire Venghiattis (Columbia University, New York), Nationalismus, Rassismus und Feminismus relativ konfliktlos miteinander verbinden. Die Mitglieder des Frauenbundes waren enthusiastische Nationalistinnen, die das koloniale, rassistische System unterstützten und zugleich als „Differenz-Feministinnen“ auftraten. Sie lehnten zwar das Wahlrecht für Frauen ab, ließen ihren Frauenbund aber von den männlichen Aktivisten der *Deutschen Kolonialgesellschaft* nicht in subordinate Rollen zwingen. So formierte sich der Frauenbund zu einer unabhängigen Organisation, die sogar in Konkurrenz zur männlich dominierten *Kolonialgesellschaft* im Kampf um Mitglieder und Gelder trat und es ablehnte, dem Bild „selbstloser“ und „opferfreudiger“ Weiblichkeit zu entsprechen. Daraus leitete Venghiattis die These ab, dass Frauen eine zentrale Rolle in der allgemeinen Nationalisierung der Gesellschaft vor dem Ersten Weltkrieg

spielten, was bisher häufig übersehen worden sei. Frauen seien genauso patriotisch und nationalistisch gewesen wie Männer.⁵

Zu den extrem nationalistischen Frauenvereinen zählte laut Eva Schöck-Quinteros (Bremen) auch der 1923 gegründete *Königin Luise-Bund*, eine Schwesterorganisation der *Stahlhelm-*, *Wehrwolf-* und *Scharnhorst-Verbände*. Die Bundesleitung des Luise-Bundes gab das Motto aus: „Ich dien.“ ‚Kampfplatz‘ der Frauen im Einsatz für das Vaterland war gleichfalls die Familie. Trotz der auch hier zu konstatierenden Rhetorik vom Kampf wurde die „deutsche Frau“ eindeutiger als in der DNVP-Propaganda auf ihre „höchste Vollendung“ eingeschworen, die darin läge, „eines ehrsamten deutschen Mannes Frau zu werden und Mutter des zukünftigen deutschen Geschlechts“.⁶

Doch die Nationalisierung fungierte nicht nur in rechtsextremen Frauenbünden als Movens zur Politisierung. Auch in nach eigenem Selbstverständnis unpolitischen, ‚überparteilichen‘ Organisationen wie den beiden Hausfrauenvereinen (*Reichsverband Deutscher* und *Reichsverband Landwirtschaftlicher Hausfrauenvereine*) hielt mit nationalistisch aufgeladenen Verbraucherinformationen und spezifisch deutschen Anleitungen zur Haushaltsführung eine besonders effektive Form politischer Mobilisierung von Frauen Einzug. Diese äußerte sich etwa, so Nancy Reagin (Pace University, New York), in der Empfehlung, nur deutsche Produkte zu kaufen und importierte Waren zu boykottieren. Slogans wie „Der Patriot isßt Roggenbrot“ sollten dazu anhalten, wirtschaftlichen Protektionismus als Beitrag von Frauen zur Unterstützung des Vaterlandes zu begreifen. Entsprechend wurde etwa der Kauf von Südfrüchten als unüberlegt, individualistisch und rein genussorientiert gebrandmarkt. Zwar sollten deutsche Haushalte auch modernisiert werden, doch, in Abgrenzung zum ‚seelenlosen‘ amerikanischen Vorbild, unter strikter Beibehaltung der geschlechtlichen Arbeitsteilung, der Klassenhierarchien und der konservativen kulturellen Rolle, die man der deutschen Hausfrau zusprach.

In der feministischen Geschichtsforschung wurde Antisemitismus bisher selten thematisiert, noch seltener findet sich die Frage nach dem Antisemitismus von Mitgliedern der Frauenbewegung.⁷ Dass diese über nationalistische Gesinnungen hinaus auch antisemitische Projektionen mit rechten Parteien und Verbänden teilten, verdeutlichte ein Beitrag von Susanne Omran (Dortmund). Sie stellte dabei das Thema „Frauenbe-

5 Nancy Reagin warf die Frage ein, ob es *feministisch* zu nennen sei, wenn Frauen die Unabhängigkeit ihrer Organisation vertreten. Ute Planert wies auf den Zusammenhang von der relativen Emanzipation des *Kolonialen Frauenvereins* mit praktizierten Rassismus in den Kolonien hin. Möglicherweise bot der „Grenzlandgeist“ Frauen die Möglichkeit, Geschlechterhierarchien teilweise aufzulösen und durch rassistische zu ersetzen, in denen sie z. B. als privilegierte Herrinnen gegenüber schwarzen Männern auftraten.

6 Vgl. die von Eva Schöck-Quinteros vorgelegte Abschrift eines Dokuments der Bundesleitung des *Königin Luise-Bundes* unter Marie Metz: „Was will der Königin Luise-Bund? Sein Motto: ‚Ich dien.‘“

7 Vgl. Johanna Gehmacher, *Feministische Geschichtsforschung und die Frage nach Antisemitismus von Frauen*, in: Charlotte Kohn-Ley u. Ilse Korotin Hg., *Der feministische „Sündenfall“? Antisemitische Vorurteile in der Frauenbewegung*, Wien 1994, 131–159, 132.

wegung und Antisemitismus" in den größeren Kontext der Überschneidungen und Berührungen, die sich um und nach 1900 zwischen dem antisemitischen Rassediskurs und dem Geschlechterdiskurs beobachten lassen.

Antisemitismus zeichne sich dadurch aus, dass er nicht von „feststehenden Unterschieden“ ausgehe, sondern sie überhaupt erst konstruiere. Denn der antisemitische Diskurs gehe immer davon aus, dass sich ‚Juden‘ mit anderen Völkern „bis zur Unkenntlichkeit vermischt“ hätten und dass man daher die Differenzen zu ihnen suchen und kenntlich machen müsse. Die Binnenstrukturierung des Fremden inmitten der eigenen ‚Rasse‘ bestimme auch das Verhältnis von ‚jüdisch‘ und ‚weiblich‘. Besonders während des Ersten Weltkrieges sei deutlich geworden, dass auch Frauenrechtlerinnen dem Antisemitismus inhärente Abgrenzungsstrategien verfolgt hätten, um ihre Zugehörigkeit zum Kollektiv zu untermauern, indem sie sich daran beteiligten, die Volksfeinde zu lokalisieren, sichtbar und letztlich namhaft zu machen.

Die Aufdeckung der rassistischen, antisemitischen oder nationalistischen Einstellungen von Mitgliedern der Frauenbewegung, von konservativen Frauenvereinen oder rechten Parteien ließ die Kontroverse aufkommen, inwiefern diese als „feministisch“ zu bezeichnen seien. Frauenrechtlerische Forderungen wurden von Vertreterinnen rechter Positionen zumeist hintangestellt und die Nation zur übergeordneten Größe erhoben. Viele Frauen aus dem konservativen Lager grenzten sich sogar explizit gegen bestimmte Forderungen der Frauenbewegung nach dem Wahlrecht, dem Frauenstudium oder der Frauenerwerbsarbeit ab.

Es gab jedoch, wie Christiane Streubel (Münster) dokumentieren konnte, durchaus auch Frauen in der völkischen Bewegung, die sich in besonders radikaler Weise für die Gleichstellung der Frauen einsetzten. So prophezeite etwa Sophie Rogge-Börner den Untergang der germanischen Kultur, wenn nicht beide Geschlechter gleichberechtigt nebeneinander stehen würden. Einzelne völkische Frauen setzten sich darüber hinaus für erweiterte Frauenrechte ein, stellten sich gegen den staatlichen Abbau weiblicher Beamtinnen, gegen die Beschränkung der Zahl weiblicher Studierender und traten für die freie Berufswahl von ledigen *und* verheirateten Frauen ein. Streubels Vorschlag, von „völkisch-nationalen Feministinnen“ zu sprechen, evokierte zunächst Widerspruch, denn völkische Positionen mit ihren rassistischen, sozial hierarchischen und antisemitischen Theoremen wurden zum Teil als unvereinbar mit feministischen, überwiegend mit linken politischen Positionen assoziierten Forderungen, eingeschätzt.

Den Kontrapunkt zu Streubels These setzte Ute Planert (Tübingen) mit ihrem Beitrag zum Antifeminismus in der völkischen Bewegung. Sie hatte gezeigt, dass der organisierte Antifeminismus im *Deutschen Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation* fest in völkischen Organisationen verankert und mit rund einem Viertel weiblicher Mitglieder einen hohen Frauenanteil hatte (auf Funktionärebene waren immerhin rund 20% Frauen). Ute Planerts Feststellung, dass viele Antifeministinnen völkische Frauen waren, erlaubt jedoch nicht, wie Streubel zeigte, den Umkehrschluss, dass *alle* völkischen Frauen Antifeministinnen gewesen sind.

Streubel plädierte dafür, den Feminismusbegriff in Anlehnung an Karen Offen⁸ zu historisieren und von vielen Feminismen zu sprechen. Die Zuordnung der feministischen Bewegungen zu den differenten, nicht nur linken politischen Ideologien hätte den Vorteil, dass auch die Kongruenzen zwischen feministischen Bewegungen und völkischen politischen Formationen deutlicher würden, welche sonst leicht aus der Geschichte ‚des Feminismus‘ ausgeblendet würden, wie Claire Venghiattis bemerkte.

Andererseits lasse sich für Deutschland (im Gegensatz zu Frankreich oder den USA) nur schwer ein Beispiel für eine Frau finden, die sich selbst als „Feministin“ bezeichnet habe, von Käthe Schirmacher einmal abgesehen. Es habe historisch lediglich zahlreiche Antifeministen und Antifeministinnen gegeben. Daher sei es ahistorisch, den Feminismusbegriff in die Geschichte zurückzuprojizieren, zumal auf Personengruppen, die sich selbst von diesem explizit abgegrenzt hätten. Für Österreich wies Johanna Gehmacher (Wien) darauf hin, dass selbst der Begriff „völkische Frauenbewegung“ dekontextualisiert entstanden sei, denn er wurde erstmals von nationalsozialistischen Frauen benutzt, *nachdem* die eigentlichen Vertreterinnen der Frauenbewegungen bereits gestorben waren. Erst im Nachhinein seien Käthe Schirmacher und Helene Lange zu Ahnherrinnen der – aus nationalsozialistischer Sicht – „neuen deutschen Frauenbewegung“ als einer „völkischen Frauenbewegung“ gemacht worden.⁹

Im Anschluss an die methodische Kontroverse, ob wissenschaftliche Terminologien als Substanz- oder als Ordnungsbegriffe aufzufassen seien, ging es letztlich darum, einen identifikatorisch und emanzipatorisch besetzten Feminismus-Begriff nicht einer klassifikatorischen Terminologie zu opfern. Nancy Reagins Plädoyer dafür, künftig (für Deutschland) nicht von „Feminismen“, sondern von „differenten Frauenbewegungen“ zu sprechen, gab den vorläufig kleinsten gemeinsamen Nenner der Tagungsteilnehmer und -teilnehmerinnen wieder.

8 Karen Offen, *Feminismus in den Vereinigten Staaten und in Europa, Ein historischer Vergleich*, in: Hanna Schissler Hg., *Geschlechterverhältnisse im historischen Wandel*, Frankfurt a. M./New York 1993, 97–138, 120f.

9 Redaktionelle Einleitung zu: „Emmy Stradal, Mutterschaft und Beruf“, in: *Die deutsche Frau*, 5, 1934.